



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Letzten Freitag ist die Herbstsession 2024 der eidgenössischen Räte zu Ende gegangen. In dieser stand für mich persönlich ganz besonders die Beratung eines meiner Herzensprojekte – die Individualbesteuerung – im Mittelpunkt. Insgesamt hat das Parlament in der Schlussabstimmung 17 Vorlagen verabschiedet. Gerne teile ich mit Ihnen meine Eindrücke aus den vergangenen drei Wochen und wünsche viel Vergnügen beim Lesen des Sessionsrückblicks.

Folgende Geschäfte wurden im Parlament behandelt (Auswahl):

Gesellschaftspolitik

Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung («Steurgerechtigkeits-Initiative»). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (24.026)

Nach einer langen und intensiven Beratung hat der Nationalrat der Einführung der Individualbesteuerung zugestimmt. Eine breite Allianz von FDP, GLP, SP und Grünen hat damit das Hauptanliegen der Volksinitiative der FDP Frauen unterstützt und für eine Mehrheit in der grossen Kammer gesorgt. Das Rennen war denkbar knapp – umso grösser ist die Freude über diesen Erfolg. In meinem [Votum](#) habe ich darauf hingewiesen, dass das aktuelle Steuersystem nicht mehr den heutigen Realitäten entspricht und die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit nicht mehr steuerlich bestraft werden soll. Dieser Sieg ist wichtig! Denn unsere Idee schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Neben der Abschaffung der Heiratsstrafe lindert sie den Fachkräftemangel und senkt die Zuwanderung. Denn wenn die höhere Progression gleich das ganze Zusatzeinkommen des Zweitverdieners auffrisst, bleibt man lieber zu Hause. Wenn es sich für die Zweitverdienenden in einer Familie – und damit in der Regel für die Frauen – nicht lohnt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, so schadet dies nicht nur ihrer finanziellen Unabhängigkeit und ihrem eigenen beruflichen Fortkommen (was sich insbesondere spätestens bei einer Scheidung rächt), sondern ist auch volkswirtschaftlich ein Unsinn. Denn diese Frauen fehlen als kompetente Fachkräfte und wir sind deshalb auf zusätzliche Arbeitnehmende aus dem Ausland angewiesen. Konservative aus Mitte und SVP ignorieren die gesellschaftlichen Entwicklungen. Sie beharrten auf der gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren, weil davon eher traditionelle Haushalte profitieren. Schlussendlich sprachen sich im Nationalrat 98 Personen dafür und 93 dagegen aus, bei einer Enthaltung. Nun kommt das Geschäft in den Ständerat, wo es wieder knapp werden wird. Aber bis es soweit ist, darf noch ein bisschen (weiter) gefeiert werden.

Mo. Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch in Organisationen mit einem Auftrag in der Betreuung von vulnerablen Personen in der Schweiz (23.4191)

Der Nationalrat hat sechs gleichlautende Motionen aus verschiedenen Parteien angenommen, die den Bundesrat beauftragen, gesetzliche Grundlagen und einen Massnahmenplan vorzulegen, um Organisationen wie Landeskirchen, Schulen und Vereine, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zu verpflichten, standardisierte und verbindliche Schutzkonzepte zur Prävention von sexuellem, physischem und psychischem Missbrauch einzuführen, anzuwenden und ein Controlling zu garantieren. Die Motionen werden als nächstes in der zuständigen Kommission des Ständerats beraten.



Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026 (23.478)

Der Nationalrat sagt Ja zu den weiterführenden Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung. Beantragt hatte die erneute Verlängerung der Bundesbeiträge die WBK-S. Diese arbeitet seit längerem an einer definitiven Regelung der Kita-Finanzierung. Bis diese steht, soll mit der Verlängerung des «Impulsprogramms» sichergestellt werden, dass weiterhin Geld fliesst (befristet bis 2026).

Persönlich stehe ich dieser erneuten Verlängerung aus mehreren Gründen kritisch gegenüber. Bereits im Jahr 2003 trat das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft. Das Gesetz sah Bundesbeiträge für die Schaffung von Betreuungsplätzen und die Mitfinanzierung von Subventionen der Kantone an die Eltern vor. Ursprünglich auf acht Jahre begrenzt, wurde es 2010, 2014, 2018 laufend um jeweils 120 Mio. Franken erweitert. Damit handelt es sich bei diesem Geschäft wohl um die längste «Anschubfinanzierung» in der jüngeren Geschichte des Bundesstaates. Und auch vor dem Hintergrund der derzeit angespannten Bundesfinanzen sind diese Ausgaben unschön. Zu guter letzt gibt es ein staatspolitisches Argument: So ist die Finanzierung von Kitas keine Bundeskompetenz, sondern liegt in der Zuständigkeit der Kantone. Auf der anderen Seite ist die Kita-Situation gesamtschweizerisch betrachtet nach wie vor nicht optimal, womit eine wichtige Massnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch nicht dort ist, wo sie sein sollte. Aus den vorgenannten Gründen werde ich nun aber zusammen mit den FDP Frauen die Anstrengungen um Verbesserungen auf die Ebene der Kantone verlegen. Wie werden gezielt wo nötig in den einzelnen Kantonsparlamenten entsprechende Vorstösse einreichen. Zu einer letzten Verlängerung der Bundesmittel habe ich zugestimmt, aber anschliessend müssen die entsprechenden Regelungen in den Kantonen greifen.

Schlussendlich wurde die Vorlage im Nationalrat mit 113 zu 79 Stimmen bei 3 Enthaltungen und im Ständerat mit 29 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Das Impulsprogramm läuft also nochmal bis Ende 2026 weiter.

Umwelt- und Klimapolitik

Programmvereinbarungen im Umweltbereich 2025-2028. Verpflichtungskredite (23.081)

Mit diesem Geschäft beantragt der Bundesrat mehrere Verpflichtungskredite in der Höhe von 2.2 Millionen Franken für Subventionen an die Kantone via Programmvereinbarungen oder an Einzelprojekte in den Bereichen Hochwasserschutz, Abwasserreinigung, Wald, Revitalisierungen, Lärmschutz, Restwassersanierung, Wildtiere und Jagd, Natur und Landschaft sowie Schutz vor Naturgefahren. Die grössten Tranchen kommen dem Wald, dem Hochwasserschutz und Abwasserreinigungsanlagen zugute. Verglichen mit der ursprünglichen Vorlage hat das Parlament lediglich die Mittel für den Wald um zusätzlich siebzig Millionen Franken aufgestockt. Dies entgegen dem Appell des zuständigen Bundesrats Albert Rösti, der an die Einhaltung der Schuldenbremse erinnerte. Auch die FDP-Fraktion hat sich gegen diese Aufstockung zur Wehr gesetzt. Wir sind allerdings unterlegen. Schlussendlich wurde das Geschäft mit 125 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen verabschiedet und ist somit erledigt.



Umweltschutzgesetz ([22.085](#))

Die Revision des Umweltschutzgesetzes hat zum Ziel, die Sanierung von belasteten Standorten voranzutreiben, eine bessere Abstimmung von Lärmschutz und Siedlungsentwicklung zu ermöglichen und das Umweltstrafrecht zu verschärfen.

In dieser Session ging es darum, letzte Differenzen zwischen den Räten zu bereinigen. Beim Lärmschutz fand man einen Kompromiss: In neuen Wohnungen muss neu mindestens die Hälfte der lärmempfindlichen Räume über ein Fenster verfügen, bei dem die Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Wird eine kontrollierte Lüftung installiert, genügt es, wenn die am offenen Fenster gemessenen Grenzwerte in einem lärmempfindlichen Raum pro Wohnung eingehalten werden oder ein Kühlsystem vorhanden ist. Beim zweiten umstrittenen Thema – der Altlastensanierung – sieht die Vorlage eine Pflicht zur Untersuchung und Sanierung öffentlicher Spielplätze sowie die Subventionierung von Sanierungen durch den Altlasten-Fonds des Bundes vor. Die Untersuchung und Sanierung privater Spielplätze und Hausgärten bleibt freiwillig. Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 131 zu 61 bei 3 Enthaltungen und im Ständerat mit 31 zu 10 Stimmen angenommen.

Pa. Iv. Badran Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller ([16.498](#))

Die parlamentarische Initiative verlangt, dass strategische Infrastrukturen der Energiewirtschaft, namentlich die Wasserkraftwerke, die Stromnetze sowie Gasnetze, dem Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) unterstellt werden. In meinem [Votum](#) als Fraktionssprecherin empfahl ich ein Nichteintreten auf das Geschäft. Aus Sicht der FDP stellt die Unterstellung unter die Lex Koller einen massiven und unverhältnismässigen Eingriff in die verfassungsmässig geschützten Rechte der Eigentumsgarantie und der Wirtschaftsfreiheit dar. Weiter wird in die Hoheit der Kantone und Gemeinden eingegriffen und die Versorgungssicherheit wird entgegen der Behauptung der Initiatorin gerade nicht gestärkt. Insgesamt handelt es sich um eine klassische Überregulierung, die protektionistisch und ohne erkennbaren Nutzen ist. Eine Abschottung der Schweizer Energiewirtschaft ist kontraproduktiv. Umso unverständlicher ist es aus einer liberalen und bürgerlichen Sicht, dass diese protektionistische Forderung von Links im Nationalrat neben der SP und den Grünen auch von grossen Teilen der SVP angenommen wurde und damit die Mehrheit erreichte.

Pa. Iv. Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht ([19.409](#))

Verbände dürfen künftig keine Beschwerden mehr gegen kleinere Wohnbauprojekte in der Bauzone führen. Der Nationalrat bereinigte letzte Differenzen zum Ständerat bei den Ausnahmestimmungen für Beschwerden innerhalb von Gewässerräumen. In meinem [Votum](#) als Fraktionssprecherin äusserte ich mich zur Position der FDP Fraktion. Schlussendlich wurde das Geschäft in der Schlussabstimmung mit 124 zu 67 Stimmen bei 4 Enthaltungen im Nationalrat und 29 zu 13 Stimmen im Ständerat angenommen.



Forschungsförderinstrument Sweeter für die Jahre 2025-2036. Verpflichtungskredit (24.028)

Die eidgenössischen Räte sind sich weiterhin uneins über den Zeitraum und die Höhe der staatlichen Fördergelder für die Energieforschung. Der Ständerat möchte gerne die Version des Bundesrates übernehmen, welcher 106.8 Mio. Franken für die Jahre 2025 bis 2036 für das Förderinstrument beantragt hatte. Der Nationalrat wollte den Geltungszeitraum des Beschlusses kürzen.

In meinem [Votum](#) als Fraktionssprecherin wies ich darauf hin, dass es sinnvoll wäre, ein Gleichgewicht zu allen anderen Forschungsbereichen herzustellen, die teilweise noch viel längere Planungs-, Forschungs- und Entwicklungshorizonte haben. Gleichzeitig sollte man auch bei diesem Geschäft die angespannte finanzpolitische Lage im Hinterkopf behalten.

Hochwasserschutz am Rhein von der Illmündung bis zum Bodensee (24.044)

Der Nationalrat hat das Grossprojekt Rhesi zur Verbesserung des Hochwasserschutzes am Alpenrhein beraten. Geplant sind Aufweitungen, Erhöhungen der Dämme und weitere Anpassungen auf 26 Flusskilometern von der Mündung des Flusses Ill unterhalb von Feldkirch bis zum Bodensee. Konkret ist geplant, die Abflusskapazität des Alpenrheins von heute 3100 auf 4300 Kubikmeter Wasser pro Sekunde zu erhöhen und die in die Jahre gekommenen Hochwasserdämme zu sanieren. Laut Berechnungen lassen sich auf diese Weise Sachschäden in Höhe von über 13 Mia. Schweizer Franken vermeiden. Die Umsetzung des Projekts dauert voraussichtlich bis 2052. Die Kosten auf Schweizer Seite belaufen sich auf gut eine Milliarde Franken, verteilt über einen Zeitraum von 27 Jahren. 80% davon trägt der Bund und 20% der Kanton St. Gallen. Im [Votum](#) als Sprecherin der FDP Fraktion habe ich neben dem volkswirtschaftlichen Nutzen auch auf die Möglichkeiten zur Bodenverbesserungen im St. Galler Rheintal und den Nutzen für die ansässige Landwirtschaft hingewiesen.

Das neue Bundesgesetz nahm der Nationalrat mit 165 zu 19 Stimmen bei fünf Enthaltungen an und den dazugehörigen Verpflichtungskredit mit 167 zu 17 Stimmen bei sechs Enthaltungen. Den neuen, insgesamt vierten Staatsvertrag zum Hochwasserschutz am Alpenrhein hiess der Nationalrat mit 166 zu 17 Stimmen bei sieben Enthaltungen gut. Als Nächstes muss sich der Ständerat mit dem Geschäft befassen.

Finanzpolitik

Armeebotschaft (24.025)

Der Nationalrat hat einer Erhöhung des Armeebudgets um 4 Mia. auf 29.8 Mia. Franken für die Jahre 2025 bis 2028 zugestimmt. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Sicherheit unseres Landes. Das Ziel ist klar: Bis 2030 soll 1% des BIP für die Verteidigung ausgegeben werden. Diese Beschleunigung zeigt die Dringlichkeit der Situation und die Notwendigkeit, jetzt zu handeln, um unsere zukünftige Sicherheit zu gewährleisten.



Ausserhalb der Session

Nein zur BVG-Reform ist eine verpasste Chance

Das klare Nein zur BVG-Reform ist aus meiner Sicht eine verpasste Chance, denn es verhindert bessere Renten für Frauen und Teilzeitarbeitende. Erwerbstätige gehören zu den Verlierern, da sie auch künftig die teilweise zu hohen Rentenversprechen querfinanzieren müssen. Schliesslich hat man auch die Möglichkeit verpasst, die Benachteiligung älterer Arbeitnehmender auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Es war ein Sieg der linken Parteien und Gewerkschaften, welche die 2. Säule nicht modernisieren, sondern zugunsten eines Ausbaus der 1. Säule nachgerade abschaffen wollen. Mit falschen Pensionskassenzahlen und einer Angstkampagne wurde das Vertrauen der Stimmbevölkerung untergraben. Leider wird es vor diesem Hintergrund meiner Ansicht nach nicht möglich sein, innert nützlicher Frist eine neue Vorlage vorzulegen. Die anstehenden Probleme bleiben damit noch für lange Zeit ungelöst und vor allem Frauen müssen noch länger warten, bis Teilzeitarbeit angemessen versichert wird. Dies ist sehr bedauerlich.

Die FDP setzt sich für die Sicherung unseres bewährten Dreisäulensystems ein. Das Nein zur BVG-Reform bringt uns in der Sozialpolitik keinen Schritt weiter. Dazu kommt der dringende Handlungsbedarf in der ersten Säule, die trotz leicht verbesserter Prognosen ungebremst gegen eine Wand zurast: Wir werden immer älter. Zwischen 2030 und 2035 werden eine Million zusätzliche RentnerInnen eine AHV-Rente beziehen. Mit der 13. AHV-Rente gerät die ohnehin schon angeschlagene 1. Säule weiter in Schieflage. Gigantische Fehlbeträge sind vorprogrammiert. In der Sozialpolitik muss deshalb in den nächsten Jahren der Grundsatz gelten: «Rentensicherheit vor Leistungsausbau».

Nein zur Biodiversitätsinitiative

Die Biodiversitätsinitiative wurde mit rund 63% Nein Stimmen deutlich abgelehnt. Dies ist ein gutes Zeichen, denn sie hätte den Ausbau der erneuerbaren Energien stark erschwert, die Entwicklung der Berggebiete behindert und das Bauen massiv verteuert. Gleichzeitig wollte sie unter dem Deckmantel des Stichworts «Biodiversität» auch den Heimatschutz in der Schweiz stark ausbauen. Aber: Mein Einsatz für ein Nein zur Biodiversitätsinitiative war nie ein Nein zum Schutz der Biodiversität. Bei der Erhaltung der Biodiversität gilt es aber auf Qualität statt Quantität der Flächen zu setzen und auf die Eigenverantwortung von Privaten, Landwirtschaft und Unternehmen.

Gastauftritt in der Arena des SRF zum Thema «AKW reloaded?»

Am 13. September war ich Gast in der SRF-Sendung [«Arena»](#) zum Thema «AKW reloaded?». Es war eine angeregte Diskussion mit einigen meiner Nationalratskolleginnen und Kollegen und Vertreterinnen von Interessengruppen. Neben der potenziellen Streichung des AKW Neubauverbots diskutierten wir auch über den kürzlich bekanntgewordenen Verdacht auf gefälschte Unterschriften bei Volksinitiativen und dessen Auswirkung auf das Vertrauen in unser bewährtes politisches System.



Porträt im Tagesanzeiger

Vor dem Hintergrund der Beratung der Volksinitiative für die Individualbesteuerung hat der Tagesanzeiger im Vorfeld ein längeres [Porträt](#) über mich veröffentlicht. Im Text geht es zum einen um Strategien und das Schmieden von politischen Allianzen im Parlament und zum anderen um meinen Werdegang und die daraus entstandenen Überzeugungen im Bereich der Gleichstellungspolitik.

Watt d'Or 2025

Am letzten Tag der Session hatte ich die Ehre, als Präsidentin die Jurysitzung des Watt d'Or zu leiten. Dabei handelt es sich um eine Auszeichnung für Bestleistungen im Energiebereich, der seit achtzehn Jahren jährlich vom Bundesamt für Energie verliehen wird. Die nächsten Gewinnerinnen und Gewinner werden ihren Preis am 9. Januar 2025 in Bern in Empfang nehmen können.

Eingereichte persönliche Vorstösse

Ip. Vorbildfunktion des Bundes bei Umsetzung des Klimaschutzgesetzes als Hebel für die Wirtschaft (24.4041)

Am 18. Juni 2023 hat die Stimmbevölkerung das Klimaschutzgesetz (KIG) mit 59% angenommen. Im Februar 2024 hat der Bundesrat die Verordnung in die Vernehmlassung geschickt und per Januar 2025 soll das Gesetz in Kraft treten. Für Bund und Kantone gelten gemäss Art. 10 des KIG ambitionierte Ziele in Bezug auf die Erreichung von Netto-Null. Dafür soll der Bund u. a. bei der Vergabe von Aufträgen jene Unternehmen stärker berücksichtigen, die selbst einen möglichst geringen Treibhausgasausstoss verursachen. Davon profitieren jene, die bereits viel unternommen haben, um ihren Betrieb zu dekarbonisieren. Ausserdem erreichen klimafreundliche Technologien durch die verstärkte Nachfrage schneller Marktreife, was in Anbetracht des grossen Volumens von öffentlichen Ausschreibungen eine grosse Hebelwirkung erzeugen würde. Trotzdem verzögert der Bundesrat die Umsetzung und will erst Mitte 2025 die Vernehmlassung dazu eröffnen. Aus diesem Grund stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen:

- Ist sich der Bundesrat bewusst, wie gross die Bedeutung von Art. 10 des KIG für die Schweizer Wirtschaft ist?
- Wie gross schätzt der Bundesrat die Hebelwirkung unter anderem für klimafreundliche Technologien ein, die dank einer stärkeren Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien in der öffentlichen Beschaffung durch die Umsetzung von Art. 10 resultieren würde?
- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass trotz der verzögerten Umsetzung von Art. 10 die entsprechenden Marktanreize rechtzeitig greifen, sodass die Schweizer Wirtschaft möglichst rasch von dieser Hebelwirkung profitieren kann?



Po. Agri-PV-Anlagen als Teil eines beschleunigten Ausbaus nachhaltiger Energiekonzepte (24.4247)

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob mit verbesserten Rahmenbedingungen oder finanzieller Förderung von Solaranlagen von nicht nationalem Interesse, welche sich innerhalb von landwirtschaftlichen Nutzflächen befinden (sogenannte Agri-PV-Anlagen), der Ausbau nachhaltiger Energiekonzepte beschleunigt werden kann. Denn Agri-PV stellt meiner Überzeugung nach ein bis anhin massgebend unterschätztes Potential für die Bewältigung der Energiewende dar.

Ip. Grundlagen für eine zielgerichtete Regulierung bezüglich PFAS (24.4211)

In den vergangenen Wochen wurden PFAS in den Medien breit thematisiert. Diese stellen unterschiedlichste Chemikalien dar und finden breite Verwendung in Industrie, Gewerbe und Produkten des alltäglichen Lebens. Viele PFAS sind Teil verschiedener Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energie, insbesondere Wind- und Solarenergie, aber auch bei Wärmepumpen als Ersatz zu fossilen Gebäudeheizungen. Mit der Interpellation bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wann, wo und über welche Kanäle klärt der Bundesrat das Parlament darüber auf, welche Definition er für PFAS vorsieht und welche Stoffklassen diese umfassen soll?
- Was sind Regulierungsabsichten des Bundesrates zur bestmöglichen Minimierung von denkbaren Risiken durch einzelne PFAS und gleichzeitiger Wahrung der sicheren Verwendung dieser Stoffgruppen in Industrie und Gewerbe?
- Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass denkbare Alternativen in der Gesamtbetrachtung von gesellschaftlichem Nutzen und effektiver Verfügbarkeit sowie allfälligen Risiken für Mensch und Umwelt, besser abschneiden als die heute verwendeten PFAS? Wie stellt er sicher, dass Forschung und Innovation in diese Bestandesaufnahmen einfließen?

Mein persönliches Highlight

Ganz klar: Das Ja des Nationalrats zur Einführung der Individualbesteuerung! Ich freue mich sehr darüber – gemeinsam mit allen, die sich seit der Lancierung der entsprechenden Volksinitiative mit viel Einsatz und Herzblut für dieses wichtige Anliegen eingesetzt haben und nun einen wichtigen Zwischensieg feiern konnten. Aber dies ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Die nächste Etappe führt nun in den Ständerat. Ich halte Sie gerne auf dem Laufenden!

Besten Dank für Ihr Interesse. Ich freue mich, Ihnen im Winter wieder aus Bern zu berichten und wünsche Ihnen einen goldigen Herbst!

Herzliche Grüsse,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Vincenz-Stauffacher'.

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP/SG